

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Kadenbach Dresden  
Hauptverleger: Kadenbach & Co. AG  
Kasse für Nachbestellungen: Nr. 20021  
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden - K. L. Wartenstraße 25/48

Bezugspreis für den Monat Juni 1.40 RM, einjährig 16 RM, halbjährig 8 RM, vierteljährig 4 RM, monatlich 1.20 RM. Postgebühr (ohne Postumschlag) 10 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Aufwand berechnet; die einseitige 20 mm breite Seite 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 20 mm breite Kleinanzeige 100 Pf., außerhalb 120 Pf. Offiziellerzeitung 30 Pf. Kautionsfreie Aufnahme gegen Vorauszahlung

Verlag u. Druck: Kadenbach & Co. AG, Dresden, Postfach-Nr. 1048  
Nachdruck nur mit besond. Genehmigung  
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Uebersetzung  
Schriftliche werden nicht aufbewahrt

## Am das Schicksal der Deckungsvorlage Durchbringung mit wechselnden Mehrheiten?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Juni. Die am Sonnabend von der Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegten Deckungspläne dürften, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, vom Reichsrat selbst schon in kurzer Frist erledigt werden. Ob und welche Veränderungen in Einzelheiten die Fragen bei den Reichsratsberatungen erfahren werden, steht naturgemäß dahin, doch glaubt man nicht, daß der Reichsrat die großen Grundideen des Deckungsprogramms in irgendeiner Weise umgestalten wird. Ein Termin für den Abschluß der Reichsratsberatungen läßt sich im Augenblick noch nicht nennen. Die Zeit bis zur Verabschiedung der Entwürfe durch den Reichsrat werden die Fraktionen der Regierungsparteien sowie auch der übrigen Parteien dazu benutzen, um ihre Stellungnahme im einzelnen und ihre eventuellen Abänderungswünsche zu formulieren. Offizielle Verhandlungen der Regierung mit den Parteien sollen, wie es heißt, erst nach dem Abschluß der Reichsratsberatungen beginnen, doch ist anzunehmen, daß man auf dem Wege einer Verständigung zwischen allen beteiligten Seiten dafür Sorge tragen wird, daß Wünsche der Parteien, denen sich auch der Reichsrat anschließen kann, von diesem in seinen Beratungen bereits Berücksichtigung erfahren. Wenn auch jetzt, nachdem die Reichsregierung noch hat verlaublichen lassen, daß sie zur Abänderung von Einzelheiten ihrer Vorlagen durchaus bereit sei, eine etwas beruhigtere Stimmung herrscht, so läßt sich doch noch keineswegs sagen, wie die Mehrheit ausfallen wird, mit der die Regierung ihre Gesetze durchdrückt.

Auscheinend ist an ein Operieren mit wechselnden Mehrheiten gedacht, was bedeuten würde, daß auch die Sozialdemokratie bei der Unterstützung des Kabinetts ein gewichtiges Wort mitzusprechen hätte.

Daß dies eine Angelegenheit ist, die nicht ohne Gefahren ist, wird schon klar, wenn man an die sozialdemokratischen Wünsche hinsichtlich der Abstriche am Reichswahlrecht denkt. Es hat wenigstens Zweck, in einem Moment, wo die Regierung tatsächlich noch nicht genau weiß, wie sie über den Weg kommen wird, sich in Kombinationen darüber zu ergötzen, was alles an Möglichkeiten wahrscheinlicher und weniger wahrscheinlicher Art für sie besteht. Man wird den Verhandlungen hinter den Kulissen der nächsten Zeit jedenfalls große Beachtung schenken müssen.

### Scholz stellt Fragen an Brüning

Berlin, 29. Juni. Wie die „Berliner Börsenzeitung“ mitteilt, hat der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, Abg. Scholz, in der gestrigen Parteiführerbesprechung an den Reichskanzler eine Reihe von Fragen gerichtet, die die weitere parlamentarische Behandlung der Deckungsvorlagen betreffen. Zunächst stellte er die Frage, ob die Reichsregierung an dem Umfang der Einparungen und der Steuererhöhungen festhalte. Ferner ob die Reichsregierung die Deckungsvorlagen unbedingt noch vor dem Sommer insgesamt verabschiedet wissen wolle, und endlich, ob die Reichsregierung bereit sei, in Verhandlungen mit den Fraktionen einzutreten mit dem Ziel einer Herbeiführung einer Verständigung. Reichskanzler Dr. Brüning beantwortete die beiden ersten Fragen mit einem entschiedenen Ja! In der letzten Frage erklärte er, Dr. Scholz möge diese Frage noch genauer präzisieren. Dr. Scholz fragte dabei, ob die Reichsregierung bereit sei, auf das eine oder andere der Gesetze zu verzichten, wenn dafür ein Erfolg voranschlägt, wobei das finanzielle Ergebnis nicht gefährdet. Darauf antwortete der Reichskanzler, daß sei völlig ausgeschlossen.

Auf eine weitere Frage von Dr. Scholz, ob die Reichsregierung nach wie vor daran festhalte, daß sie mit jedem Punkte der Vorlage stehe und lasse, antwortete der Reichs-

kanzler, diese Formulierung gehe zu weit; die Reichsregierung sei bereit, Wünsche entgegenzunehmen und über sie zu verhandeln. Sie könne aber in keinem bedeutenden Punkte nachgeben.

### Kampfanlage Eugenbergs

Berlin, 29. Juni. Auf dem mit einer Sonnwendfeier verbundenen Berliner Sommerfest des Deutschen Nationalen Arbeiterbundes hielt der Parteiführer, Geheimrat Dr. Eugenberg, die Festrede. Er führte zur deutschen Finanzpolitik unter anderem aus: Im April, als das Uebel sich zuerst den weitesten Volksschichten offenbart hatte, hieß es: 500 Millionen müssen aufgebracht werden. Sie wurden aufgebracht. Und einige Wochen später mußte man einen neuen Fehlbetrag von 800 Millionen eingestehen.

Die unmöglichen Vorschläge, um einen Teil dieser Lasten anzubringen, lehnen wir ab.

Wir sind nicht verantwortlich für das, was dem deutschen Volke sich jetzt offenbart. Mächtig steht die jetzige Regierung und vor allem auch die Sozialdemokratie vor der Folge der Politik der letzten ein Jahr. Unsere Aufgabe ist, die Schuld nicht verwischen zu lassen, auch nicht durch solche unglückliche Geblöde, wie die Regierung Brüning eins ist. Mögen sie die Verantwortung tragen: Zentrum und Deutsche Volkspartei und leider auch diejenigen, die einzeln bei uns gewesen sind. Im Preussischen Landtage hat sich vor einigen Tagen das traurige Schauspiel abgespielt, daß die Regierung Braun gerettet worden ist durch die vier früheren Mitglieder unserer Partei, die für den Etat gestimmt haben. Das ist nur eine kleine Episode in dem großen Spiel: Eine Hand wäscht die andere.

In Preußen wird so die Sozialdemokratie gerettet. Im Reich wird die Sozialdemokratie die Regierung Brüning in irgendeiner Weise retten.

Es bereitet sich als das Ende von Liebe eine neue Koalition auch im Reich vor. Man wird dazu zurückkehren, sobald der von uns auf den Schild erhobene Reichspräsident v. Hindenburg es ihnen ermöglichen wird, auf das deutsche Volk diejenigen Steuern mit Hilfe des Artikels 48 zu laden, für die sonst eine Mehrheit nicht vorhanden ist.

Gegenüber diesem Spiel kann für uns nur rücksichtslosster Kampf in Frage kommen.

Eine schwere Krise naht dem deutschen Volke. Der Reichstag, der den Youngplan gemacht hat, kann Deutschland nicht in Ordnung bringen. Wir haben weder den Wunsch, daß unter diesen Lasten die deutsche Wirtschaft zusammenbricht, noch daß die Massen unseres deutschen Volkes verelenden.

### Die Preis- und Lohnsenkungsfaktion

Gesamtangestelltenkündigung in der Nordwestgruppe

Düsseldorf, 29. Juni. Im Zusammenhang mit der Preis- und Lohnsenkungsfaktion haben sämtliche eisenwerkstoff- und eisenverarbeitenden Werke der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie zum Zwecke der Neuorganisation der überbetrieblichen Gehälter den in Betracht kommenden Angestellten formell die Kündigung ausgesprochen. Auch die überbetrieblichen Gehälter sind bis zur höchsten Spitze gekündigt worden. Die überbetrieblichen Angestelltengehälter sollen um durchschnittlich 7% v. H. verringert werden. Von den Gehaltsfaktoren würden etwa 90 v. H. der auf insgesamt 30.000 Personen geschätzten Angestelltenkündigung im Bereiche der Gruppe Nordwest betroffen

## Der Sieg am Rhein

Wenn in diesen Stunden die Reste der französischen Besatzung aus dem Rheinland westwärts ziehen, wenn heute Frankreichs Oberbefehlshaber das goldene Mainz verläßt und die letzte Trifolore auf deutschem Boden sinkt, dann endet ein Abschnitt der deutschen Geschichte. Im Befreiungsjubiläum, der dann anhebt, wollen wir diese über die Gegenwart und über die ganze Besatzungszeit weit hinausragende historische Bedeutung des Augenblicks nicht vergessen. Denn er beschließt einen Jahrhundertalten Kampf zwischen Deutschland und Frankreich, den Kampf um den Rhein, trotz des unglücklichen Kriegsausganges mit einem deutschen Sieg. Die deutsche Treue und die moralischen Widerstandskräfte unseres Volkes haben sich in zwölfjähriger harter Probezeit stärker erwiesen als alle Waffen der Sieger. Dieses Bewußtsein ist heute unser Stolz und für die Zukunft unsere Hoffnung.

Man muß den Ablauf der feindlichen Besatzung in die großen Zusammenhänge der Geschichte hineinsetzen, um diese Bedeutung der Räumung recht zu erfassen. Denn die Geschichte lehrt uns, daß seit Ludwig XIV. Tagen der Besitz des Rheines als der politischen und militärischen Grenze Frankreichs das Ziel und der Angelpunkt aller französischen Politik im Krieg wie im Frieden war. Was der Sonnenkönig mit seinen Reunitionen und Aufzügen im 17. Jahrhundert erreicht hatte, das ging in der Folgezeit wieder verloren. Nicht aber Frankreichs Wille, das linke Rheinufer als „sein gut geschütztes Gartenbeet“, wie Richelieu es nannte, wieder zu erobern und sich dort zu behaupten um jeden Preis. Napoleon III. machte den ersten ernsthaften Versuch; doch er führte zu einem neuen Rückschlag. Damals nach der Niederlage von 1870/71 schienen die Rheinlandräume der Franzosen auf immer gerufen. Aber trotzdem ließen die Staatsmänner der 3. Republik nicht locker in ihrem jähen Streben nach dem Rhein. Und das Glück war ihnen hold. Kaum 50 Jahre später standen sie auf dem Gipfel ihres Triumphes. Da schien ihnen das langbegehrte deutsche Land als Siegesruhm in den Schoß fallen zu sollen. Denn — das ist auch ein Kapitel der Kriegsgeschichte — schon vor dem Weltkrieg und erst recht vom Tage seines Ausbruchs an war neben Elsch-Lothringen die Abtrennung des linken Rheinuferes das Kriegsziel Frankreichs, wenn die Eroberungsabsicht in den ersten Jahren auch vor den Verbündeten geheimgehalten wurde. 1917 erst, als die Alliierten die Weste schon in der Hand zu haben glaubten, wurden Frankreichs historische Ansprüche auf den Rhein“ angemeldet. Mit dem russischen Janrenreich, das bereits in allen Fugen kramte, brachten die französischen Diplomaten ein glattes Handelsgeschäft zustande. Für die Einwilligung Frankreichs zum Erwerb der Dardanellen und Konstantinopels durch Rußland stimmte die russische Regierung den französischen Plänen zu, wonach die linksrheinischen Gebiete von Deutschland ganz abgetrennt werden sollten mit dem Vorbehalt späterer Entscheidung über die Frage, inwieweit sie der französischen Republik einzuwerfen oder als Pufferstaat auszubauen seien. Gleichzeitig wurde in London auf den Wunsch geklopft mit einer Note, deren entscheidende Stellen heute in Erinnerung gebracht zu werden verdienen:

„Elsch und Lothringen müssen uns zurückgegeben werden, aber nicht verstückelt, wie sie durch den Vertrag von 1815 waren, sondern in der Ausdehnung von 1790. Wir werden so das geographische und das bergwerkliche der Saat haben, dessen Besitz für unsere Industrie wesentlich ist. Die Erinnerungen auch an die aufeinanderfolgenden Versämlungen müssen verwischt werden. Es gibt im übrigen eine Frage, die notwendigerweise bei dieser Gelegenheit aufzutauchen wird: die des linken Rheinuferes. Gute Weiser in Frankreich, die an den ältesten Traditionen unserer nationalen Politik hängen, fordern es als das verlorenen Erbe der französischen Revolution. Es ist indes zu fürchten, daß die Wiedererlangung der Rheinprovinzen, die uns vor einem Jahrhundert geraubt wurden, als eine Eroberung angesehen wird und uns möglicherweise große Schwierigkeiten bereitet. Gleichwohl darf unserer Auffassung nach Deutschland mit keinem Fuße mehr über dem Rhein stehen. Die Organisation dieser Gebiete, ihre Neutralität, ihre vorläufige Besetzung sind jetzt schon in Anregung zu bringen. Es kommt uns darauf an, daß Frankreich, das am unmittelbarsten an der Neuordnung dieser Dinge interessiert ist, die entscheidende Stimme bei der Lösung dieser ersten Frage hat.“

Lord Balfour als englischer Außenminister winkte damals ab. Der englische Widerstand gegen eine dauernde Besetzung Frankreichs am Rhein, die den britischen Interessen nur abträglich sein konnte, kam schon zum Durchbruch. Aber der eigentliche Zusammenstoß erfolgte erst nach dem traurigen Kriegsende in Versailles. Wir kennen jetzt den dramatischen Verlauf des Diplomatenringens um den Rhein in den ersten Monaten des Jahres 1919 aus den Memoiren Fochs und Clemenceaus. Die Militärs trumpften auf und verlangten kategorisch die Annexion. Aber Frankreich hatte den „Sieg“ nicht allein errungen, und die Mitstreiter, Lloyd George und Wilson, blieben gerade in der Rheinlandfrage unerbitlich. Zähneknirschend mußte sich der alte Tiger fügen und verbittert sein Leben mit Betrachtungen über die Undankbarkeit des Vaterlandes beschließen, das es ihm, dem „Vater des Sieges“, als Verbrechen anrechnet, daß er den Rhein nicht durch einen Gewaltstreich für Frank-

## Der letzte Tag der Rheinlandbesetzung

### Amtliche Bekanntgabe der Räumung

Berlin, 29. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Die Vorkonferenz hat der Deutschen Botschaft in Paris mitgeteilt, daß die Besetzung der rheinischen Gebiete am 30. Juni um Mitternacht beendet ist und damit auch die Tätigkeit der Rheinlandkommission ihr Ende erreicht.

Wiesbaden, 29. Juni. Die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitgeteilt, daß die Vorschriften über die Besetzung am 30. Juni d. J. um 24 Uhr außer Kraft treten.

### Schlussitzung der Rheinlandkommission

Wiesbaden, 29. Juni. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat gestern, am Vorabend der endgültigen Räumung des Rheinlandes von fremden Truppen, ihre letzte Sitzung abgehalten. Die Oberkommissare Frankreichs und Belgiens, der Vertreter der englischen Regierung und der Reichs-

kommissar Frhr. Langwerth v. Simmern hielten Ansprachen, in denen sie noch einmal der gemeinsamen Tätigkeit in der Rheinlandkommission gedachten.

### Der französische Oberkommissar zur Räumung

Paris, 29. Juni. Der französische Oberkommissar der besetzten Gebiete hat in Mainz zur bevorstehenden endgültigen Räumung eine Note veröffentlicht, in der unter anderem darauf hingewiesen wird, daß sich der Abzug der Truppen ohne Zwischenfälle und in Ruhe und Ordnung vollzogen habe. Deutscherseits sei der Interalliierten Rheinlandkommission für die Korrektheit der französischen Behörden Dank ausgesprochen worden, und man habe den Wunsch geäußert, daß sich nunmehr eine neue Ära der Verständigung zwischen den beiden Staaten eröffnen werde.

### Minister Dietrich Ehrenbürger von Rehl

Rehl, 29. Juni. Die städtischen Körperchaften haben beschlossen, Reichsfinanzminister Dietrich, der von 1908 bis 1914 der Erste Bürgermeister von Rehl war, zum Ehrenbürger der Stadt Rehl zu ernennen.